

Wie denkt die linke Oderseite über die Volksabstimmung?

Ein Mahnruf des Kreises Neustadt an
die Landbevölkerung Oberschlesiens.



Grif Wisniewski

Verlag des Polnischen Plebiszitkommissariats in Beuthen O.-S.
Druck: „Katolik“ Verlagsgesellschaft m. b. H. in Beuthen O.-S.

SL 7 b 4 a 2

343820

T

N-72 | 3235

273. 151 -



Grif Wiantz

Oberglogau, den 16. Januar 1921.

Am 15. Januar 1921 wurde auf eine Einladung hin eine Versammlung einberufen und zwar von Männern aller Gesellschaftsklassen der Stadt und Umgegend von Oberglogau zwecks Besprechung der verschiedenen Abstimmungsergebnisse in Oberschlesien mit besonderer Berücksichtigung der Lage des rechten Oderufers. Die Einladung war im engen Kreise und ging vom Herrn Grafen von Oppersdorf, Oberglogau aus. Erschienen waren fast alle, die geladen waren. Ausserdem fanden sich aber auch uneingeladene Gäste ein, deren Gegenwart unter der Annahme geduldet wurde, dass sie die Grenzen des Anstandes wahren werden.

Der Einberufer der Versammlung begrüßte sämtliche Anwesende. Unter Anderen erschien Graf Seherr Thoss, der Leiter der Kreisstelle Oberglogau.

Der Einberufer schilderte in einfacher und anschaulicher Weise die Verhältnisse in Oberschlesien, betonte besonders, dass bei der gegenwärtigen leidenschaftlichen Agitation, die auf beiden Seiten betrieben wird, der wirtschaftliche Faktor unseres Erwerbslebens nicht beachtet wird. Insbesondere aber sind die Männer, welche die Führung der wichtigsten Betriebe in den so hoch entwickelten industriellen und landwirtschaftlichen Teilen unserer Heimat innehaben, von dem Einfluss auf die kommende Abstimmung grösstenteils ausgeschaltet. Dies mache sich nun jetzt schon bemerkbar,

denn es besteht für uns Oberschlesier eine grosse Gefahr, dass unser Ländchen zerissen werden könnte. Es könnte sehr leicht die Oder das Abstimmungsgebiet in zwei Teile schneiden. Und was sollte dann aus uns allen, besonders aus den 30.000 Arbeitern werden, welche auf dem linken Oderufer wohnen und in der Industriegegend ihren guten Lebenserwerb finden. Grosse Sorgen lasten darob auf jedem Mann. Man fühlt, spürt und hört, dass in allen Gesellschaftskreisen unserer Heimat grosse Beunruhigung Platz gegriffen hat. Hier sollten nun Mittel und Wege gefunden werden, wie man aus diesen Schwierigkeiten und Sorgen zum Wohle aller die Mittel finden könnte, die notwendig sind, um uns und unseren Nachkommen eine gesicherte und gute Zukunft zu verschaffen. Ueber diesen Punkt wurden die Anwesenden zur Diskussion aufgefordert. *Der Generalbevollmächtigte der Gräfl. Tiele-Winckler'schen Verwaltung, Herr Regierungsrat Schapper, eröffnete diese. Seine reiche Erfahrungen, die er in der Industriegegend Oberschlesiens durch jahrelange Tätigkeit gesammelt hatte, zeigten allen Anwesenden, wie wir Bewohner der linken Oderseite von den Erdschätzen der rechten Oderseite abhängig sind. Er gedachte der Kohle, des Eisens, der grossen unerschöplichen Zinkwerte, der hochentwickelten chemischen Industrie, besonders der künstlichen Düngemittel, die in den neuerstandenen Werken in Chorzow neuester Zeit erzeugt werden. Er erinnerte an die grossen Werkstätten, wo Maschinen der verschiedensten Berufszweige erzeugt werden.*

Unsere hochentwickelte Landwirtschaft würde ohne die industriellen Hilfskräfte Oberschlesiens verdorren. Das beste Absatzgebiet der landwirtschaftlichen Pro-

dukte — die Industriegegend — würde durch die neue Zollgrenze aufhören. Künstliche Düngemittel würden dann nur aus weiter Ferne bezogen werden und zwar infolge Frachtkosten zu solchen Preisen, dass eine Rentabilität nie und nimmer erzielt werden könnte. Die Eisenbahnverbindung nach dem übrigen Deutschland wäre nur auf dem einzigen Schienenstrang Neustadt-Kamenz möglich. Die Gegend würde hier in nicht zur lernen Zeit ein anderes Bild der Entwicklung wie gegenwärtig bieten. Die Arbeiter wären gezwungen, auszuwandern; aber wohin? Sicherlich würden sie Arbeit im Industrie-*teil* Oberschlesiens nicht mehr erhalten. Diesen Ausführungen lauschten alle lautlos zu. Ein Zeichen von der treffenden Darstellung unserer gegenwärtigen Lage. Es meldeten sich sofort mehrere zum Wort. Herr Graf Seherr Thoss, Dobrau, war über diese Darlegung sichtlich überrascht und anstatt auf den Ernst der Situation unserer Heimat einzugehen, sagte er in kurzen und abgerissenen Worten: Es wäre ihm ganz gleichgültig, was die Zukunft brächte, er wolle lieber bei Preussen betteln gehen, als in Polen zu leben. Er ergriff seinen Hut und ging von dannen. Die Versammlung nahm diese Sache gleichgültig hin.

Herr Rechtsanwalt *Dr. Marx, Oberglogau, der Führer der sogenannten Heimatstreuen*, der ohne Einladung erschienen war, glaubte nun auch berufen zu sein, in die Debatte einzugreifen. Welch Unterschied bot seine Rede zu den Ausführungen des Generaldirektors! Von wirtschaftlichem Gesichtspunkte wusste er nur wenig zu sagen, destomehr aber von seinen eigenen persönlichen Angelegenheiten. Er sprach von seiner Grossmutter, von seinem Idealismus. Der Friedensver-

trag ist in seinen Augen ein erzwungener Akt, der nicht ernst zu nehmen ist.

Dankbar wollen wir ihm aber dafür sein, dass er, ob bewusst oder unbewusst, in aller Oeffentlichkeit in die Welt hinausrief: „Der Industriebezirk Oberschlesiens ist für Deutschland verloren, aber trotzdem müssen wir hier in Oberglogau und Umgegend für Deutschland stimmen und zwar aus kulturellen, verwandtschaftlichen und patriotischen Gründen.

Ein zweites Eingeständnis des Herrn Rechtsanwalt Dr. Marx muss hier noch besonders betont werden. In Polen wird noch nicht zu langer Dauer Ueberfluss an Lebensmitteln sein. Die Lebensmittel werden dort billiger werden, während wir in Deutschland stets Mangel an Lebensmitteln und mithin eine dauernde Teuerung haben werden.

Nach Ansicht des Rechtsanwalts Marx würden unsere Arbeiter nach dem Ruhrgebiet fahren und dort Arbeit suchen. Die Wirkung dieser Rede blieb nicht aus. Ein Arbeiter Kudlek aus Repsch schilderte seine Erfahrungen als Arbeiter in Mitteldeutschland; mit welchen Schwierigkeiten die polnisch-oberschlesischen Arbeiter kämpfen. Ein anderer Redner wies auf diese Verordnung des Vertreters des Papstes, Monsignor Ogno, wonach jedem Oberschlesier im Abstimmungsgebiet die volle Gewissensfreiheit bei der Abgabe seiner Stimme von Seiner Heiligkeit dem Papste zugesprochen wird.

Von demselben Redner wurde dem Juristen Marx entgegengehalten, wie leichtfertig er vor aller Oeffentlichkeit über den Friedensvertrag von Versailles sprechen könne. Er als Jurist müsse doch eigentlich wissen,

was ein Vertrag bedeute. Dieser Vertrag ist zustandegeworden, durch die Unterschriften deutscher Regierungsvertreter. Er ist von der grossen Majorität der National-Versammlung gebilligt worden.

Arbeiter Lorek, Fröbel, gedachte des grossen Patriotismus des Herrn Marx während des Krieges. Marx trat bei den grünen Husaren in Leobschütz ein. Einige Wochen Drill, Pferdetransport, dann Heimat.. Wie kann ein solcher Mann von Patriotismus sprechen, der in der Zeit, wo sein Vaterland in grösster Not war, sorglos zuhause sass und dessen einzige Strapazen, die allerdings nur gesunden Menschen zugemutet werden können, im Skilaufen im Riesengebirge bestanden!

Herr Marx entgegnete, er wäre auf Grund ärztlicher Gutachten vom Militär entlassen worden, und ein jeder in der Versammlung wüsste doch zur Genüge, wie gründlich und sachgemäss der Sanitätsoffizier den Soldaten während des Krieges untersucht habe.

Zum zweitenmal nahm Herr Generaldirektor Schapper das Wort, ergänzte seine Ausführungen, damit kein Missverständnis entstehen sollte. Von jeder parteipolitischen Ausdeutung halte er sich fern. Er behandelte lediglich die wirtschaftlichen Interessen Oberschlesiens.

Herr Strzoda — Dt. Müllmen wies nochmals auf die Wichtigkeit unseres Industriegebietes hin. Eine Trennung von diesem wäre für uns das grösste Unglück. Herrn Marx machte er auf die Inkonsequenz seines Handelns aufmerksam. In der Neujahrs-Nummer der „Neustädter Zeitung“ predigt der Heimatstreue Verband von Frieden und Versöhnung. In der Praxis finden wir das Gegenteil.

Herr Marx schwieg zu diesen Ausführungen.

Als sich dann in die Versammlung der sozialistisch-gesinnte, stellungslose, jugendliche Lehrer Cyrus, der auf seiner Agitationsreise in dem Dorfe Twardawa als Beirat des Generals Le Rond vom Heimattreuen Verband ausgegeben wurde, trotz mehrfacher Aufforderung, dass er in dieser geschlossenen Versammlung nichts zu suchen habe, dennoch unter Beihilfe verschiedener dunkler Existenzen jede weitere sachliche Diskussion durch Lärmen und Schreien zu verhindern suchte, so wurde vom Einberufer die Versammlung nach dreistündiger Dauer geschlossen und darauf hingewiesen, dass in nicht zu ferner Zeit diese wichtige Angelegenheit einer weiteren Besprechung unterzogen werde.

Wir sind unserem Grafen v. Oppersdorff von Herzen dankbar, dass er uns den Weg gezeigt hat, wohin wir gehen sollen. Hier vereinigt sich jeder, der Arme und der Reiche, Deutscher und Pole. Wir wollen dort hingehören, wo die Industrie ist. Das soll unsere Parole bei der Abstimmung sein. Mögen uns Graf von Oppersdorff und Generaldirektor Dr. Schapper weiter beistehen. Ihre Namen werden bei uns und bei unseren Nachkommen stets in guter Erinnerung bleiben.

Edvard Reschka.

